

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Das verkehrsrechtliche Straf- und OWi-Verfahren

§ 1 Mandatsannahme und Organisation	Seite
I. Prüfung möglicher Interessenkollisionen	2
1. Die Gefahr der Interessenkollision, speziell im Straßenverkehrsrecht	3
2. Die Gefahr des Parteiverrates	4
3. Möglichkeiten zum Ausschluss der Doppelvertretung	4
II. Annahme des Mandates	5
1. Mandatsanbahnung	5
2. Die Vollmacht	6
3. Anzahl der Verteidiger	7
4. Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung, § 146 StPO	8
5. Pflichtverteidigung	8
III. Beratung zum Verfahrensablauf und zu Fragen des richtigen Verhaltens	9
1. Allgemeine Information	9
2. Verkehrsverstöße im Ausland	10
3. Verhalten gegenüber Ermittlungen der Polizei	10
4. Eintragungen im Bundeszentralregister und in der Verkehrszentralkartei ...	11
5. Die Frage der Verjährung	12
6. Mögliche sofortige Maßnahmen	12
7. Die Situation bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	13
8. Kontakt mit Verletzten/Hinterbliebenen	13
IV. Die Gebührenfrage und Klärung der Beteiligung von Rechtsschutz	14
1. Gesetzliche Gebühren	14
2. Erstattung notwendiger Auslagen durch die Staatskasse	14
3. Vergütungsvereinbarung	15
4. Beteiligung von Rechtsschutz	17
V. Organisation der Akte	18
1. Allgemeine Grundsätze	18
2. Nutzung von Mandanten- und Aktenstammdaten	18
3. Organisatorische Hilfen	18
VI. Informations- und Wissensbeschaffung	20
1. Grundsätzliches	20
2. Klärung des Sachverhaltes	21
3. Klärung rechtlicher Thematik	21
4. Informationsbeschaffung	21
VII. Nutzung programmierter Textverarbeitung	22
1. Grundsätzliches	22
2. Mögliche Textbereiche für die Verteidigertätigkeit im Straf- und OWi- Verfahren	22
§ 2 Beratung, Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger im Ermittlungsverfahren	
I. Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger	24
1. Die Bestellung	24
2. Akteneinsicht	25
II. Verteidigungsstrategie	27
1. Fragen zur Feststellung des Verantwortlichen	27
2. Beachtung haftungs- und versicherungsrechtlicher Konsequenzen	30

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Eigene Ermittlungen des Verteidigers	31
1. Zulässigkeit eigener Ermittlungen des Verteidigers	31
2. Möglichkeiten eigener Ermittlungen des Verteidigers	32
3. Die Durchführung eigener Ermittlungen	32
IV. Ziel der Verteidigung	36
1. Einstellung im strafrechtlichen Verfahren	37
2. Verwarnung mit Strafvorbehalt	40
3. Erledigung durch Strafbefehl	40
4. Vorbereitung der Hauptverhandlung	40
5. Einstellung des Bußgeldverfahrens	41
6. Erledigung durch Beschlussentscheid gemäß § 72 OWiG	41
V. Musterschriftsätze	42
1. Bestellung bei Polizei	42
2. Bestellung bei Staatsanwaltschaft, Bußgeldstelle, Gericht	43
3. Bestellung, speziell in Trunkenheitssache	44
4. Aktenanforderung für Aktenauszug	44
5. Erklärungen zur Terminierung	44
6. Vertagung	45
7. Schreiben an Staatsanwaltschaft/Gericht, betreffend Einstellung	45
8. Auftrag an Kollegen zur Terminvertretung	46

§ 3 Feststellung von Verkehrsverstößen

I. Allgemeine Fragen im Zusammenhang mit der Feststellung von Verkehrsverstößen	49
1. Messungen durch Kommunen	49
2. Keine Messung durch Private	50
3. Behinderung oder Beeinträchtigung von Feststellungen und Einrichtungen ..	50
4. Verfahren zur Feststellung von Verkehrsverstößen	52
II. Geschwindigkeitsmessverfahren, mögliche Fehlerquellen sowie notwendige Feststellungen zu Geschwindigkeitsverstößen	53
1. Praktische Fragen zur Geschwindigkeitsüberschreitung	54
2. Radarmessverfahren	55
3. Laser-Geschwindigkeitsmesssysteme	57
4. Lichtschranken-Messverfahren	59
5. Koaxialkabelmessverfahren	60
6. Spiegel-Messverfahren	61
7. Funkstopp-Messverfahren	61
8. Geschwindigkeitsermittlung durch Nachfahren oder Vorfahren mit geeichtem Tacho	61
9. Geschwindigkeitsmessung mithilfe ortsfester Fahrbahnkilometrierungen und geeichten Stoppuhren	62
10. Geschwindigkeitsmessung durch Verkehrsüberwachungsanlage Pro ViDa (Police-Pilot)	62
11. Geschwindigkeitsmessung mit der Videokamera von einer Brücke herab	63
12. Geschwindigkeitsmessung von Polizeihubschrauber aus	63
13. Feststellung von Geschwindigkeitsverstößen aufgrund Fahrtenschreiber-aufzeichnung	63
14. Notwendige richterliche Feststellung	64
15. Übersicht über die Richtlinien zur Geschwindigkeitsüberwachung der einzelnen Bundesländer (in alphabetischer Reihenfolge)	64
III. Abstandsmessverfahren	73
1. Rechtsfragen zum gebotenen Abstand	73
2. Die Messverfahren im Einzelnen	74

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Rotlichtüberwachungsanlagen	77
1. Ahndung von Rotlichtverstoß	77
2. Die Rotlichtüberwachungsanlagen	77
3. Feststellung durch Beobachtung	80
4. Voraussetzungen für die Feststellung eines qualifizierten Rotlichtverstoßes	80
5. Notwendige tatrichterliche Feststellungen	80
V. Verstöße im Zusammenhang mit der Nutzung des Fahrtenschreibers	80
1. Rechtsgrundlage für die Benutzung eines Fahrtenschreibers	80
2. Verpflichtung zur Aufbewahrung	80
3. Ahndung von Verkehrsverstößen aufgrund der Fahrtenschreiberaufzeichnung, speziell zu Lenk- und Ruhezeiten sowie Geschwindigkeitsverstößen ...	81
4. Verfahrensfragen	81
VI. Unfalldatenschreiber (UDS)	81
1. Funktionsweise	81
2. Auswertung von UDS-Aufzeichnungen	82
VII. Lenkzeitverstöße	82
1. Rechtsgrundlagen	82
2. Überwachung und Zuständigkeit	84
VIII. Achslast und Gesamtgewicht sowie Wägungen	85
1. Gewichtsgrenzen	85
2. Überprüfung des Gewichtes und Messungen	85
IX. Identitätsfeststellung anhand von Fotos und bei Kennzeichenanzeigen sowie human-biologische Gutachten	86
1. Identifizierung anhand des Fahrerfotos	86
2. Identifizierung bei Kennzeichenanzeigen	89
3. Erkennungsdienstliche Behandlung und Gegenüberstellung	89
4. Human-biologische Gutachten	89
X. Alkohol und Drogen – Feststellung und Fehlerquellen	89
1. Rechtliche Aspekte der Feststellung von Blutalkohol und Drogen	90
2. Die Feststellung der Blutalkoholkonzentration	91
3. Die Feststellung von Drogen/Rauschmitteln sowie Medikamenten	100
4. Medikamenteneinnahme	101

§ 4 Klärung von Rechtsfragen

I. Verteidigervollmacht	104
1. Form	104
2. Umfang der Vollmacht	104
3. Wirkung der Vollmacht	105
II. Zustellung	106
1. Adressat der Zustellung	106
2. Form der Zustellung	106
3. Ersatzzustellung	107
III. Allgemeine Rechtsfragen in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	107
1. Allgemeine Aspekte	107
2. Rechtswidrigkeit bei Verkehrsverstößen	108
3. Schuldfähigkeit	108
4. Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Verkehrsverhalten	108
5. Actio-libera-in-causa-Tat	110
6. Tateinheit, Tatmehrheit, Dauerstrafat, Ordnungswidrigkeit	110
7. Fragen des Beweises und das Beweisverwertungsverbot	111
8. Strafzumessung und Bestimmung der Tagessatzhöhe sowie Bußgeldbemessung	111

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Die Tatbestände des Verkehrsstrafrechtes	113
1. Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)	114
2. Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB)	117
3. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	118
4. Straßenverkehrsgefährdung (§ 315 c StGB)	121
5. Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315 b StGB)	124
6. Vollrausch (§ 323 a StGB)	125
7. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB)	126
8. Nötigung, speziell im Straßenverkehr (§ 240 StGB)	133
9. Sonstige Straftatbestände mit verkehrsrechtlichem Bezug	134
10. Fahren ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbotes (§ 21 StGB)	134
11. Die Verantwortung dritter Personen bei Tatbeständen des Verkehrsstrafrechtes	135
V. Die Verteidigung bei Verkehrsverstößen gegen das Verkehrs-OWi-Recht	136
1. Grundlagen des Verkehrs-OWi-Rechtes	136
2. Die Ahndung von Verkehrsverstößen	137
3. Verteidigung bei Verstößen gegen die 0,5‰-Grenze, § 24 a StVG	140
4. Der Bußgeldbescheid	142
5. Verjährung	143
6. Besonderheiten des OWi-Verfahrens	146
VI. Verkehrsverstöße im Ausland	149
1. Die Ahndung von Verkehrsverstößen im Ausland	149
2. Rechtshilfe- und Vollstreckungsabkommen	150
3. Information und Übersicht zum Verkehrsrecht in einzelnen Ländern	151
§ 5 Verteidigertätigkeit in der Hauptverhandlung	
I. Vorbereitung der Hauptverhandlung	153
1. Klärung des Ziels der Verteidigung	154
2. Klärung von Rechtsfragen und Sachkompetenz	154
3. Abstimmung über Terminierung	155
4. Vorbereitung der Beweisaufnahme	155
5. Ladung von Zeugen und Sachverständigen durch den Verteidiger	157
6. Vor- und außerprozessuale Klärungen mit Verfahrensbeteiligten	159
7. Vorbereitung der Hauptverhandlung mit dem Mandanten	160
8. Die Anwesenheitspflicht des Angeklagten/Betroffenen	160
9. Ankündigung von Beweisanträgen	161
10. Strafprozessuale Änderungen	162
II. Die Hauptverhandlung	162
1. Gesetzliche Regelungen	162
2. Verhandlungsführung und Fragerecht sowie Protokollierung	162
3. Die Beweisaufnahme	163
4. Beweisantrag	166
5. Rechtliche Hinweise gemäß § 265 StPO	167
6. Hinweis für die Praxis: Terminbericht	167
III. Strafzumessung und Gefahr der Freiheitsstrafe	168
1. Strafzumessung	168
2. Die Gefahr der Freiheitsstrafe	169
IV. Verwarnung mit Strafvorbehalt	169
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen	169
2. Prozessuale Fragen und Rechtsmittel	170
3. Rechtsfolgen der Verwarnung mit Strafvorbehalt	171
V. Besonderheiten der Hauptverhandlung im OWi-Verfahren	171
1. Die Anordnung des persönlichen Erscheinens in der Hauptverhandlung	171
2. Die Beweisaufnahme im OWi-Verfahren	173

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Beachtung der Gefahr des Übergangs in das Strafverfahren	174
4. Das Absehen von der Urteilsbegründung	175
§ 6 Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	
I. Allgemeine Aspekte der Verteidigungsstrategie	177
1. Problemstellung	177
2. Wege zur Abwendung des Entzuges der Fahrerlaubnis und zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	178
3. Checkliste zur Verteidigung/Vertretung in Angelegenheiten mit Führerscheinmaßnahme	179
II. Entziehung der Fahrerlaubnis	179
1. Die vorläufige Entziehung	180
2. Entziehung der Fahrerlaubnis	183
3. Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis und der Sperre für Neuerteilung der Fahrerlaubnis	188
4. Entzug der Fahrerlaubnis und Verteidigung	189
5. Austausch von Führerscheinmaßnahmen	190
6. Entziehung der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer	190
7. Entziehung der Fahrerlaubnis bei Taten allgemeiner Kriminalität	190
III. Das Fahrverbot	191
1. Das Fahrverbot gemäß § 44 StGB	191
2. Das Fahrverbot gemäß § 25 StVG	194
3. Fahrverbot und Bußgeld-Katalog-Verordnung (BKatV)	196
4. Die Voraussetzungen für das Absehen vom Fahrverbot	198
5. Übersicht über Rechtsprechung zum Absehen vom Fahrverbot	199
6. Ausnahmen für bestimmte Fahrzeugarten	204
7. Notwendige Feststellungen im Urteil	204
8. Vollstreckung des Fahrverbotes	205
IV. Die Entschädigung für Führerscheinmaßnahmen	205
1. Die Entschädigung	205
2. Ausnahmen von der Entschädigung	206
3. Umfang der Entschädigung	206
4. Entschädigungsverfahren	206
§ 7 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	
I. Im Strafverfahren	208
1. Das Strafbefehlsverfahren	208
2. Berufung	211
3. Revision und Sprungrevision	212
4. Spezielle Rechtsmittel und Rechtsbehelfe bei Führerscheinmaßnahme	214
II. Im Bußgeldverfahren	217
1. Der Einspruch	217
2. Die Rechtsbeschwerde	219
III. Fristwahrung und Antrag auf Wiedereinsetzung	223
§ 8 Gesuche nach rechtskräftiger Entscheidung	
I. Regelung Kostenangelegenheit	225
1. Allgemeines	225
2. Kostenpflicht im Einzelnen	226
II. Ratenzahlung und Zahlungserleichterung	227
1. Antrag auf Gewährung Ratenzahlung/Zahlungserleichterung	227
2. Fragebogen über Vermögensverhältnisse	228
III. Gnadengesuch und Antrag auf Haftverschonung	229



Inhaltsverzeichnis

§ 9 Nebenklage, Adhäsionsverfahren und Vertretung nach Opferschutzgesetz	Seite
I. Nebenklage	230
1. Die gesetzliche Regelung	230
2. Gesetzliche Regelung bei Verletzungen infolge Verkehrsunfalls	230
3. Die gerichtliche Entscheidung	231
4. Die Rechtsposition und die Rechte des Nebenklägers	232
5. Prozesskostenhilfe für den Nebenkläger	233
6. Kosten und notwendige Auslagen der Nebenklage	233
II. Adhäsionsverfahren	233
1. Der Antrag	233
2. Der Anspruch auf Entschädigung	234
3. Die Kosten	234
III. Vertretung nach Opferschutzgesetz	234
§ 10 Beteiligung von Rechtsschutz im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren	
I. Die verschiedenen Rechtsschutzbedingungen ARB (75)/ARB (94)/ARB (2000) sowie die Abwicklung des Rechtsschutzmandates	236
1. Verkehrsrecht und Rechtsschutz	237
2. Vorschlag für effiziente Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung ..	239
II. Versicherungsschutz und Leistungsansprüche auf Rechtsschutz in Straf- und OWi-Verfahren	242
1. Der Verkehrs- und Fahrerrechtsschutz	242
2. Die Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung bei verkehrsrechtlichen Straftaten	242
3. Der Versicherungsschutz bei verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten	243
4. Umfang der Rechtsschutzgewährung	244
5. Ersatz der Verteidigervergütung	245
6. Kosten für außergerichtliche Sachverständigengutachten	246
7. Rechtsschutz bei Auslandsunfällen	248
III. Beachtung von Ausschlussklauseln	249
1. Rechtsschutz bei Vorsatztat	249
2. Kein Ausschluss bei Verkehrsordnungswidrigkeiten	250
3. Evtl. Ausschluss bei Halterhaftung	250
IV. Obliegenheiten in der Rechtsschutzversicherung im Verkehrsrecht	250
1. Die Regelungen zu den Obliegenheiten	250
2. Vorsätzliche Verkehrsstraftat	250
V. Beteiligung von Rechtsschutz bei Vertretung von Verletzten	251
1. Im Nebenklageverfahren	251
2. Im Adhäsionsverfahren	251
3. Im Verfahren nach Opferschutzgesetz	251
4. Übersicht	251
VI. Ablehnung des Rechtsschutzes durch den Versicherer	251
1. Mutwilligkeit im Straf- und OWi-Verfahren	251
2. Verfahren bei Verneinung der Leistungspflicht	252
§ 11 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren	
I. Die Gebührentatbestände – System und Übersicht –	255
1. Die Verteidigervergütung	255
2. Das System der Regelung der Verteidigervergütung	255
II. Die gesetzlichen Gebühren des Wahlverteidigers im Verkehrsstrafverfahren	257
1. Gebühren bei Verteidigung im vorbereitenden Verfahren	257
2. Gebühren bei Verteidigung im gerichtlichen Verfahren	258

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im vorbereitenden und gerichtlichen Verfahren sowie Einzeltätigkeiten	258
III. Die Gebühren im verkehrsrechtlichen Bußgeldverfahren	261
1. Allgemeines	261
2. Die Verteidigervergütung im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde	261
3. Die Verteidigervergütung im Verfahren vor dem Amtsgericht	262
4. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde und dem Amtsgericht sowie Einzeltätigkeiten	263
IV. Besonderheiten beim Übergang vom staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in das Bußgeldverfahren	264
V. Die Gebührenhöhe und deren Bestimmung	264
1. Die Gebührenhöhe, differenziert nach Art des Gerichtes	264
2. Die Bestimmung der Gebühren nach den Kriterien gemäß § 14 RVG	264
VI. Die Vergütungsvereinbarung	266
1. Zu beachtende Aspekte	266
2. Vergütungsvereinbarung und Rechtsschutz	266
VII. Beachtung besonderer Gebührentatbestände	267
1. Die Auskunftsgebühr	267
2. Gebühren für Gnadenantrag und Antrag auf Zahlungserleichterung	267
3. Gebühr bei Vertretung anderweitig beteiligter Personen	267
4. Feststellung einer Pauschalgebühr	267
VIII. Beratungs- und Prozesskostenhilfe in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	267

Anhang Teil A

I. Mandanteninformation zum Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, speziell zum Bereich Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, einschließlich besonderer Aspekte bei drohender Führerscheinmaßnahme sowie der Beteiligung von Rechtsschutz	269
II. Musterschriftsätze zur Mandatsabwicklung	274
1. Erledigung Verfahren ohne Hauptverhandlung (HV)	274
2. Kostenkorrespondenz bei Erledigung Straf- und OWi-Verfahren mit Hauptverhandlung (HV)	280
3. Sonstige Mandantenkorrespondenz	288
4. Verfügungen zur Anwendung der Musterschriftsätze	299

Teil B. Das verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren (Erteilung, Entzug, Wiedererteilung)

§ 12 Mandatsannahme und -organisation

I. Die verschiedenen möglichen Problemstellungen	301
1. Existenzielle und wirtschaftliche Bedeutung der Fahrerlaubnis	301
2. Die potenziellen verschiedenen Anlässe zur Beratung und Vertretung	303
II. Konkrete Ratschläge zu Verhalten und Vorgehen	305
III. Mandats-/Aktorganisation	306
IV. Informations- und Wissensbeschaffung	306
1. Beschaffung von Sachwissen und Kompetenz	306
2. Informationen über mögliche externe Unterstützung	306

§ 13 Erwerb und Geltung der Fahrerlaubnis sowie Fragen zur im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis

I. Rechtliche Grundlagen	309
1. Gesetzesnovellierungen zum Straßenverkehrsrecht	309

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Die wichtigsten Regelungen im Einzelnen	310
3. Problematik bei Regelungen durch Rechtsverordnungen	311
II. (Erst-)Erwerb der Fahrerlaubnis	312
1. Grundsatz der Freiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	312
2. Die Erlaubnispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen	312
3. Fahrerlaubnis auf Probe, Stufenfahrerlaubnis, Befristung und Einschränkung der Fahrerlaubnis	316
4. Ausgewählte Fragen zur Erteilung der Fahrerlaubnis	318
5. Kein Bestandsschutz bei Neuerteilung	319
6. Verlängerung einer Fahrerlaubnis	319
7. Ersatzführerschein	320
III. Regelungen zu der im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis	320
1. Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis ohne deutschen Wohnsitz	320
2. Inhaber einer EU- und EWR-Fahrerlaubnis bei deutschem Wohnsitz	321
3. Inhaber einer Drittstaaten-Fahrerlaubnis bei deutschem Wohnsitz	322
4. Regelungen zum Entzug der ausländischen Fahrerlaubnis	323
5. Fahrerlaubnis von Vertriebenen und Spätaussiedlern	323
6. Anerkennung der ausländischen Fahrerlaubnis im EU-Ausland	324
§ 14 Die Voraussetzungen für die (Wieder-)Erteilung der Fahrerlaubnis, die Begutachtung für Fahreignung (BfF – früher: MPU)	
I. Die Begriffe der „Eignung“ und „Ungeeignetheit“	327
1. Der Begriff der „Eignung“	328
2. „Bedingte“ Eignung	329
3. Speziell: die Beurteilung der „Eignung“ nach den „Begutachtungs-Leitlinien zur Kraftfahreignung“	329
II. Speziell: Aspekte der „Eignung“ und „Ungeeignetheit“ sowie Möglichkeiten der Wiederherstellung der Eignung bei Alkoholproblematik	330
1. Merkmale und Ursachen der Ungeeignetheit	330
2. Prognose zur (Wiederherstellung der) Eignung oder der vorhandenen Ungeeignetheit	330
3. Beurteilung der „Eignung“ und „Ungeeignetheit“ gemäß FeV und Begutachtungs-Leitlinien	330
4. Wiederherstellung der Eignung	331
III. Beurteilung der „Eignung“ bzw. „Ungeeignetheit“ bei Drogenproblematik	332
1. Die verstärkte Drogenproblematik	332
2. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	332
3. Beurteilung der „Eignung“ und der „Ungeeignetheit“ nach FeV und Begutachtungs-Leitlinien	333
4. Die Beurteilung der „Eignung“ bei Drogenkonsum in der Rechtsprechung ..	333
5. Möglichkeiten der Wiederherstellung der Eignung bei Drogenkonsum	334
IV. Die Prüfung der „Eignung“ oder „Ungeeignetheit“	335
1. Allgemeines	335
2. Die Aspekte bei der Eignungsprüfung im Einzelnen	336
3. Besondere Anforderungen für die Erteilung der Fahrerlaubnis der Klassen D, D1, DE und D1E sowie zur Fahrgastbeförderung	337
4. Änderungen in den Eignungsvoraussetzungen	337
5. Prognose zu künftigem Verhalten	340
6. Konsequenzen aus der strafrechtlichen Beurteilung der Ungeeignetheit	341
7. Erkenntnisquellen bei der Eignungsprüfung	342
8. Beweislast im Verfahren zur Eignungsprüfung	343
9. Beweiswürdigung	344

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Die „Befähigung“	345
1. Die Befähigung und ihr Nachweis durch theoretische und praktische Prüfung	345
2. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	345
VI. Mögliche Anlässe zur Begutachtung, Anforderungen an Begutachtungen und Inhalt des Gutachtens	346
1. Einzelfragen zu möglichen Anlässen der Begutachtung für Fahreignung (BfF) im Verwaltungsverfahren	346
2. Musterschriftsätze bei Anordnung zur Begutachtung der Fahreignung	355
3. Die Begutachtung der Fahreignung im Strafverfahren	356
VII. Rechtliche Aspekte der Begutachtung für Fahreignung – BfF (früher: MPU)	357
1. Gesetzliche Grundlagen der Begutachtung	357
2. Die Fragestellung	360
3. Die Begutachtungsstellen	361
4. Bestimmung der Begutachtungsart bzw. des Gutachters	362
5. Rechtsverhältnis zwischen Betroffenen und Gutachterstelle	363
6. Beistand	364
7. Übersenden der Akte an Untersuchungsstelle und Einwilligungserklärung ..	364
8. Fragen des Datenschutzes	365
9. Das Recht auf Akteneinsicht	365
VIII. Anforderungen an Gutachten und Begutachtung	365
1. Untersuchungsumfang	365
2. Untersuchungsverfahren	365
3. Sonstige Aspekte zum Inhalt des Gutachtens	366
IX. Auswertung des Gutachtens	367
1. Notwendiger Inhalt und notwendige Aussagen des Gutachtens	367
2. Mögliche Mängel in Fahreignungsgutachten aus psychologischer und verkehrsmedizinischer Sicht	369
3. Die unterschiedliche Betrachtung durch Juristen und Psychologen	370
4. Negatives Gutachten	370
5. Mögliches Obergutachten	371
X. Möglichkeit eines Gutachtens auf „privatem Weg“	372
1. Beachtung des notwendigen Inhaltes der Begutachtung	372
2. Möglichkeit eines privaten Eignungsgutachtens?	372
§ 15 Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde, speziell bei Probeführerschein und nach Punktesystem	
I. Maßnahmen ohne Entzug (Verkehrsunterricht, Fahrtenbuch, Einschränkungen und Auflagen zur Fahrerlaubnis)	375
1. Verkehrsunterricht	375
2. Fahrtenbuch	376
3. Einschränkungen oder Auflagen zur Fahrerlaubnis	379
II. Maßnahmen bei Fahrerlaubnis auf Probe	380
1. Voraussetzungen für Maßnahmen	380
2. Die in Betracht kommenden Maßnahmen	380
3. Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe nach Entziehung	383
4. Maßnahmen nach Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe	384
5. Übersicht: Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Fahrerlaubnis auf Probe	384
III. Das Punktesystem, Verkehrszentralregister und sonstige Register	385
1. Verkehrszentralregister, Grundlagen und Zweckbestimmung	385
2. Eintragungen in das Verkehrszentralregister	386
3. Tilgung von Eintragungen	387

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Verwertung von Eintragungen	388
5. Sonstige Register	389
IV. Maßnahmen nach Punktesystem	392
1. Punktebewertung	392
2. Die in Betracht kommenden Maßnahmen	393
3. Besonderheiten bei speziellen Sachverhalten der Punkteberechnung	395
4. Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung	396
5. Nach Neuerteilung der Fahrerlaubnis in Betracht kommende Maßnahmen	397
6. Übersicht: Zusammenstellung des Kursangebots für durch Trunkenheit am Steuer aufgefallene Kraftfahrer	397
V. Der Entzug der Fahrerlaubnis aus sonstigen Gründen der Ungeeignetheit	397
1. Allgemeine Voraussetzungen der Entziehung	397
2. Entzug der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	398
3. Entzug der Fahrerlaubnis bei Weigerung, ein Gutachten beizubringen	398
4. Entzug der Fahrerlaubnis bei Verurteilung wegen allgemeiner Straftat	398
5. Der Vorrang des Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegenüber dem Verwaltungsverfahren	398
6. Besonderheiten bei einer ausländischen Fahrerlaubnis	399
7. Befugnis zur Information der Polizei	400
VI. Aufbauseminar in Verbindung mit einem Straf- oder Bußgeldverfahren	401
1. Aufbauseminar in Verbindung mit Strafverfahren	401
2. Bußgeldverfahren	401
§ 16 Beratung und Therapien	
I. Sachverhaltsklärung	402
1. Akteneinsicht gemäß § 29 VwVfG, § 100 VwGO	402
2. Auswertung der Akten	403
3. Hinweis auf Vorbereitungskurse durch Fahrerlaubnisbehörde	403
II. Frühzeitige Darstellung der Problematik	403
1. Das Mandantengespräch	403
2. Information und Belehrung für Betroffene	404
3. Die Nutzung der Zeit ab – drohender – Entziehung der Fahrerlaubnis	405
III. Vorbereitung auf Begutachtung für Fahreignung	405
1. Vorbereitung ist sinnvoll und notwendig	405
2. Möglichkeiten der Vorbereitung auf die BfF	406
3. Die Begutachtung für Fahreignung und das richtige Verhalten – Ratschläge an den Mandanten	407
4. Information über den Ablauf der Begutachtung	407
5. Beratung bei negativem Ergebnis der Begutachtung	408
6. Beratung und Pflicht zur Verschwiegenheit	409
IV. Gebühren und Kosten für die Teilnahme an Kursen und Begutachtung	409
1. Verwaltungsgebühren	409
2. Die Kosten der Begutachtung	410
3. Kosten für Teilnahme an Kursen	410
4. Anwaltsgebühren	410
§ 17 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	
I. Maßnahmen außerhalb des förmlichen Rechtsmittelverfahrens	411
1. Die Anordnung zur Beibringung eines Gutachtens – Begutachtung für Fahreignung (BfF)	411
2. Ziel: Beschleunigung des Verfahrens	412
3. Erörterung mit Fahrerlaubnisbehörde	412
4. Dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen	412

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Die einzelnen Rechtsmittel	412
1. Grundsätzliches	412
2. Der Widerspruch	413
3. Anfechtungsklage	414
4. Verpflichtungsklage/Untätigkeitsklage	417
5. Vorbeugende Feststellungsklage	417
6. Vorgehen gegen Anordnung der sofortigen Vollziehung	417
7. Beschwerde	420
8. Berufung	421
9. Revision/Sprungrevision	421
10. Verfassungsbeschwerde	421
11. Wiedereinsetzung	421
III. Streitwert	422
§ 18 Beteiligung von Rechtsschutz im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren	
I. Der Versicherungsschutz	423
1. Allgemeines	423
2. Die Regelungen in den ARB	423
II. Die Rechtsschutzdeckung im Verkehrsverwaltungsrecht	425
1. Mögliche Fallgestaltungen	425
2. Verkehrsrechtliche Anordnungen ohne Rechtsschutzdeckung im verkehrsrechtlichen Verwaltungs-Rechtsschutz	425
III. Voraussetzungen der Rechtsschutzgewährung	426
1. Vorliegen eines Versicherungsfalles	426
2. Interessenwahrnehmung vor Verwaltungsbehörde oder Verwaltungsgericht	426
IV. Leistungsumfang	427
1. Der Leistungsumfang nach ARB	427
2. Kosten/Gebühren für Begutachtung für Fahreignung (BfF)/MPU	427
§ 19 Kosten und Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren	
I. Kosten	429
II. Gebühren der Fahrerlaubnisbehörde	430
III. Anwaltsvergütung	430
1. Beratung	430
2. Außergerichtliche Gebühren im Verwaltungsverfahren	431
3. Gebühren-/Auslagenerstattung	433
4. Die Gebühren im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	434
IV. Gegenstandswert	435
1. Allgemeines/Grundlagen	435
2. Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, speziell zum Bereich Verkehrsrecht	435
V. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	436
1. Beratungshilfe	436
2. Prozesskostenhilfe	436
Anhang Teil B	
1. Mandanteninformation zum Recht der Fahrerlaubnis – die Fahrerlaubnis erhalten, behalten und „wieder“ erhalten	437
2. Zusammenstellung der verkehrspsychologischen Berater nach § 71 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV)	442

Inhaltsverzeichnis

Teil C. Das Straßenverkehrszivilrecht

§ 20 Mandatsannahme und -organisation	Seite
I. Problemstellung und Statistisches	464
1. Der Verkehrsunfall – ein Massenphänomen, Ursache für menschliche Tragik und wirtschaftliche Beeinträchtigungen	464
2. Statistische Aussagen zum Straßenverkehrsunfall	464
3. Aspekte zur Mandatsführung	466
4. Der Unfall mit Auslandsberührung	467
5. Verteidigertätigkeit	467
6. Versicherungsrechtliche Fragen	467
7. Beachtung der rechtlichen Wechselwirkungen beim verkehrsrechtlichen Mandat	468
8. Der Fachanwalt für Verkehrsrecht	468
II. Die zu klärenden Fragen	469
1. Klärung der für die Mandatsannahme und -führung wichtigen Punkte	469
2. Checkliste zur Mandatsübernahme und Mandatsabwicklung für außergerichtliche Geltendmachung und Kraftschadenprozess	469
III. Organisation der Mandatsabwicklung und der Akte	471
1. Unfallaufnahme sowie Mandanten- und Stammdatenerfassung	471
2. Nutzung von Arbeitshilfen	474
3. Nutzung elektronischer Kommunikation	475
IV. Vorgehen zur Geltendmachung der Ansprüche	475
1. Informationsbeschaffung und Klärung von Rechtsfragen	475
2. Geltendmachung der Ansprüche	476
3. Abwicklungsstrategie bei schwerwiegenden Unfallfolgen/Reha-Maßnahmen	476
4. Gebührenfragen	476
5. Information des Mandanten	477
§ 21 Die außergerichtliche Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen Schädiger und Haftpflichtversicherung/Schadenmanagement	
I. Klärung des Mandatsverhältnisses	480
1. Der/die Auftraggeber und der Umfang des Mandates	480
2. Prüfung und Klärung möglicher Interessenkollisionen	482
3. Entgegennahme der Vollmacht	485
II. Feststellung des Schädigers, seiner Versicherung und sonstiger Beteiligter; speziell beim Massenunfall	486
1. Feststellung des Schädigers und seiner Versicherung	486
2. Besonderheit beim Massen- und Serienunfall	486
3. Beteiligung der Verkehrshilfe e. V. (VOH), Hamburg	487
4. Ansprüche gegen Deutsches Büro Grüne Karte e. V.	488
5. Schadenbearbeitung durch die Gemeinschaft der Grenzversicherer	489
6. Feststellung des Schadenregulierungsbeauftragten bei Unfallabwicklung gemäß 4. KH-Richtlinie	489
III. Möglichkeiten der Beweissicherung	490
1. Vor- und außerprozessuale Beweissicherung	490
2. Gerichtliches Beweisverfahren	490
3. Beweismöglichkeiten durch Unfalldatenspeicher – UDS	493
IV. Geltendmachung von Ansprüchen für Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	493
1. Ansprüche gegen Halter, Fahrer und Haftpflichtversicherung	493
2. Unfall mit Bundeswehrfahrzeugen, Bundesgrenzschutz- und Militärfahrzeugen der NATO	494
3. Ansprüche gegen Verein „Verkehrshilfe e. V.“ (VOH), Hamburg	497

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Musterschriftsätze zur Abwicklung von Haftpflichtansprüchen gegen Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	499
1. Musterschriftsätze für erstes Anspruchsschreiben	500
2. Musterschriftsätze für vorläufige, ergänzende und endgültige Spezifikation	506
3. Typische Korrespondenz mit Dritten	507
4. Korrespondenz mit Mandantschaft	511
5. Korrespondenz Meldung Rechtsschutz sowie Kosten- und Gebührenkorrespondenz	513
VI. Geltendmachung von Ansprüchen bei Unfall mit Auslandsberührung	513
1. Unfall im Inland mit Ausländer	513
2. Der Unfall im Ausland mit Ausländer	514
3. Unfall zwischen Inländern im Ausland	514
VII. Schadenmanagement beim Kraftfahrzeughaftpflichtschaden	515
1. Der Begriff des Schadenmanagements	515
2. Die Position der Versicherung	516
3. Die Interessenlage des Geschädigten	517
4. Schadenmanagement – eine Herausforderung für die Anwaltschaft	518
5. Überlegungen für neue Lösungswege	520
§ 22 Haftungsrecht und Beweisfragen	
I. Die Haftung im Straßenverkehrsrecht	526
1. Die Haftungsgrundlagen – die gesetzliche (Neu-) Regelung zur Gefährdungshaftung	526
2. Überblick über die in Betracht kommenden Haftungstatbestände	527
II. Der Anspruch aus Gefährdungshaftung	527
1. Die Haftung des Halters	528
2. Der Halterbegriff	531
3. Ausschluss der Haftung bei Arbeits- und Dienstunfällen	532
4. Abgrenzung zwischen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und Allgemeiner Haftpflichtversicherung	533
5. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt gemäß § 7 Abs. 2 StVG	538
6. Ausschluss und Minderung der Verantwortlichkeit gemäß § 827 BGB	539
7. Ausschluss/Einschränkung der Haftung für Kinder bis 7 bzw. 10 Jahre	539
8. Haftung bei Schwarzfahrt	540
9. Die Haftung des Fahrers gemäß § 18 StVG	540
III. Haftungstatbestände bei Verschuldenshaftung	542
1. Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB	542
2. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	542
3. Haftung des Halters für den Verrichtungsgehilfen gemäß § 831 BGB	543
4. Haftung des Aufsichtspflichtigen gemäß § 832 BGB	544
5. Haftung des Tierhalters gemäß § 833 BGB	544
6. Ausschluss und Einschränkung der Haftung von Kindern gemäß § 828 BGB	544
7. Billigkeitshaftung gemäß § 829 BGB	544
8. Haftung bei Amtspflichtverletzung gemäß § 839 BGB	545
9. Der Anspruch bei Selbstaufopferung im Straßenverkehr	546
10. Haftung aus Verletzung der Streu- bzw. Verkehrssicherungspflicht	547
IV. Die Haftung bei entgeltlicher und unentgeltlicher Beförderung von Insassen, speziell die Haftung unter Ehegatten und für Kinder	549
1. Die Haftung für Insassen gemäß § 8 a StVG	549
2. Speziell: die Ansprüche unter Ehegatten und für Kinder	550
V. Die Haftung beim Fußgänger- und Radfahrerunfall, speziell Kinderunfall	552
1. Fußgängerunfall	552

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Radfahrerunfall	552
3. Teilnahme am Straßenverkehr mit besonderen Fortbewegungsmitteln	553
4. Der Unfall mit Beteiligung von Kindern	554
VI. Fragen der Eisenbahnhaftung und der Haftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	556
1. Eisenbahnhaftung	556
2. Die Schadenshaftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	556
VII. Mitverschulden im Straßenverkehrsrecht	557
1. Mögliches Mitverschulden von Fahrzeuginsassen, speziell unter nahen Angehörigen	557
2. Soziusfahrer	558
3. Radfahrer	558
4. Fußgänger	559
5. Verkehrssicherungspflicht	560
6. Mitverschulden bei Kinderunfall	560
7. Mitverschulden des Geschädigten	561
VIII. Haftungsverteilung	563
1. Die gesetzliche (Neu-) Regelung	563
2. Grundsätzliches zur internen Ausgleichspflicht mehrerer gesetzlicher Haftpflichtiger	564
3. Die einzelnen Abwägungskriterien	564
4. Die mitursächliche Betriebsgefahr	565
5. Rechtsprechung zur Abwägung zu häufigen Fallgestaltungen	565
IX. Haftungsverzicht	568
1. Allgemeines	568
2. Haftungsverzicht bei Gefälligkeitsfahrt	569
3. Vertraglicher Ausschluss	569
4. Fahrgemeinschaften	569
5. Fragen des Mitverschuldens	569
X. Probleme bei Erreichen der Versicherungs-/Deckungssumme	570
1. Versicherungssumme als Höchstgrenze der Leistungspflicht	570
2. Das Verteilungsverfahren bei Überschreiten der Höchstsumme	572
3. Versicherungssumme bei Unfällen im Ausland	573
XI. Der „gestellte“ und „provozierte“ Unfall	573
1. Unfallmanipulation	573
2. Der „gestellte“ und der „provozierte“ Verkehrsunfall	574
3. Beweisfragen	574
4. Der „provozierte“ Unfall	579
5. Ausgleichspflicht unter deliktischen Gesamtschuldnern	579
XII. Beweislastfragen	580
1. Bei Gefährdungshaftung	580
2. Beweislast bei Schwarzfahrt	580
3. Beweislast bei Verschuldenshaftung	580
4. Beweislast bei Schuldanerkenntnis	580
5. Anscheinsbeweis	580
XIII. Regulierungsverzug	581
1. Allgemeines	581
2. Voraussetzungen des Verzuges	582
3. Folgen des Verzuges	582
XIV. Das anzuwendende Recht bei Unfall im Ausland	583
1. Das Recht des Tatortes	583
2. Das anzuwendende Recht nach der Regelung der Artikel 40 bis 42 EGBGB	583
3. Besonderheiten für extritoriale und bevorrechtigte Personen	584

Inhaltsverzeichnis

	Seite
XV. Feststellungen zu haftungsrelevanten Tatsachen-/Unfallursachenfeststellung – technikbezogenen und personenbezogenen Unfallursachen	584
§ 23 Der Sachschaden – Grundlagen und einzelne Schadenpositionen	
I. Der Anspruch auf Ersatz des Sachschadens	587
1. Der Begriff des Schadenersatzes	587
2. Der Anspruch auf Schadenersatz	587
3. Ersatz von Vermögensschäden	588
4. Fragen der Kausalität	588
II. Die Sachschadenpositionen im Einzelnen	588
1. Übersicht Sachschadenpositionen	588
2. Der Fahrzeugschaden	589
3. Wertminderung	600
4. Kosten für Bergung, Abschleppen und Überführen	602
5. Kosten der Schadenermittlung – Sachverständigengutachten	602
6. Mietwagenkosten	605
7. Nutzungsausfallentschädigung und Vorhaltekosten	608
8. Diverse Sachschadenpositionen	611
9. Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren	612
10. Sonstige Schadenpositionen zum Fahrzeugschaden	613
III. Der Anspruch auf Erstattung von Finanzierungskosten und Zinsen	615
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Mehrwertsteuer	615
1. Grundsätzliches	615
2. Einzelfragen	617
3. Neuwagenersatz	617
V. Schadenabrechnung bei Leasingfahrzeugen	618
1. Allgemeines	618
2. Besonderheiten beim Schadenfall mit Leasingfahrzeug hinsichtlich der Art des Schadens sowie hinsichtlich der einzelnen Schadenpositionen	618
3. Die Ansprüche des Leasinggebers	621
4. Ansprüche des Leasingnehmers	622
5. Versicherungsrechtliche Ansprüche	622
6. Die Geltendmachung der Ansprüche	623
7. Besonderheiten beim Unfall mit dem Leasingfahrzeug	623
VI. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen nach Quotenvorrecht	624
1. Grundgedanke des Quotenvorrechtes	624
2. Die Abrechnung nach dem Quotenvorrecht in der Praxis	625
3. Berechnungsbeispiele	625

§ 24 Die Regulierung von Personenschäden – Haftungs- und Beweisfragen

I. Probleme bei der Regulierung von Personenschäden, speziell bei Schwerstver- letzungen (Personengroßschäden)	629
1. Der Personenschaden und die Besonderheiten bei Schwerstverletzungen (Personengroßschaden)	629
2. Statistischer Überblick über Unfälle mit Verletzungsfolgen	630
3. Defizit in der Literatur zur Abwicklung von Personengroßschäden	631
4. Verständigungsschwierigkeiten zwischen Medizinerinnen und Juristen	631
II. Übersicht/Checkliste zur Regulierung der Ansprüche für schwerstverletzte (Per- sonengroßschäden)	632
III. Die Geltendmachung/Anmeldung der Ansprüche	633
1. Die Ansprüche gegen den Schädiger und dessen Versicherung/Direktan- spruch	633

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Geltendmachung von Ansprüchen aus Unfallversicherung und sonstigen Versicherungen	634
IV. Die Kausalität von Verletzungen und die Zurechenbarkeit von Verletzungsfolgen in Rechtsprechung und Literatur	634
1. Fragen der Beweislast	634
2. Praktische Hinweise zur Darstellung/Regulierung von (schweren) Unfallverletzungen, speziell HWS-Verletzungen, im Straßenverkehr	636
3. Der Ursachenzusammenhang zwischen der Schwere des Unfalls/des Aufpralls und den Verletzungen	638
4. Die „Harmlosigkeitsgrenze“ in der Rechtsprechung	638
5. Medizinische Lösungswege, speziell neurootologische Untersuchung	640
6. Die Rechtsprechung des BGH (Urteil vom 28. 1. 2003)	640
7. Beweisfragen bei Vorschaden oder nachträglichen Ursachen	642
8. Psychische Erkrankungen nach Unfallereignissen – „posttraumatische Belastungsstörung“	643
9. Schockschaden als Gesundheitsschaden	644
10. Notwendige Substanziierung zu Verletzungen und Untersuchungsmethoden	644
V. Die notwendigen gutachtlichen Feststellungen	645
1. Die Problemstellung	645
2. Die Bedeutung der Primärverletzung	645
3. Die Beschwerden und der Kausalzusammenhang	646
4. Die Auswahl des Sachverständigen	646
5. Speziell: Begutachtung zu den Pflege- und Betreuungskosten	647
6. Case Management	648
§ 25 Die Ansprüche bei Schwerstverletzungen	
I. Klärung der in Betracht kommenden Ansprüche	652
1. Der Personenschaden	652
2. Übersicht der Schadenpositionen	653
II. Heilbehandlungskosten	655
1. Grundsätzliches	655
2. Heilbehandlung im Ausland	656
3. Kosten für kosmetische Operationen	656
4. Nebenkosten bei stationärer Behandlung	656
5. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	657
III. Vermehrte Bedürfnisse	657
1. Grundsätzliches	657
2. Übersicht: vermehrte Bedürfnisse	658
3. Pflegekosten	658
4. Anspruch auf behindertengerechtes Wohnen und verletzungsbedingte Umzugskosten	661
5. Ansprüche bei Umschulung und Rehabilitation	662
6. Umbaukosten Fahrzeug	662
7. Sonstige Ansprüche	663
IV. Erwerbsschaden	663
1. Grundsätzliches	663
2. Der Erwerbsschaden des unselbstständig Tätigen	665
3. Sonstige ausgleichende Nachteile	667
4. Die Rechtsposition des verletzten Beamten	668
5. Der Erwerbsschaden bei Kindern und Jugendlichen sowie sonstigen Personengruppen	668
6. Die Folgelast für Arbeitgeber/Dienstherren	670

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Erwerbsschaden des Selbstständigen	671
8. Steuern	672
9. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	673
V. Haushaltsführungsschaden	673
1. Grundsätzliches und Anspruchsgrundlagen	673
2. Fallgestaltungen und Kriterien bei der Berechnung des Haushaltsführungsschadens	674
3. Die unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen	675
4. Der Anspruch bei Tötung einer haushaltsführenden Person	676
5. Bei Verletzung der den Haushalt führenden Person	680
6. Der Anspruch auf Rente	682
7. Möglicher Rechtsübergang auf SVT	683
8. Prozessuale Fragen	684
9. Fragebogen/Muster zur Ermittlung der Tätigkeit und der zeitlichen Beeinträchtigung	684
10. Berechnungsbeispiel	685
VI. Der Schmerzensgeldanspruch	685
1. Der Schmerzensgeldanspruch, rechtliche Grundlagen	685
2. Checkliste zu den Kriterien der Schmerzensgeldbemessung	685
3. Kriterien zur Bemessung der Höhe des Schmerzensgeldes	686
4. Besondere Fallgestaltungen zum Schmerzensgeld	689
5. Mögliches Teilschmerzensgeld?	691
6. Die Bestimmung der Höhe des Schmerzensgeldes	692
7. Mitverschulden und Vorteilsausgleich	693
8. Schmerzensgeld als Kapital oder Rente	694
9. Schmerzensgeld und erbrechtliche sowie familienrechtliche Aspekte	695
10. Der Schmerzensgeldanspruch im Prozess	696
11. Speziell: der Zinsanspruch bei verzögerter Regulierung	697
12. Besteuerung des Schmerzensgeldes	697
13. Verjährung	698
VII. Entschädigungs- und Leistungsansprüche gegenüber sozialen Leistungsträgern und privaten Versicherungen	699
1. Die Beteiligung von sozialen Leistungsträgern	699
2. Beratungspflicht	700
3. Voraussetzungen des Rechtsübergangs/Regress des Sozialversicherungsträgers	700
4. Der Regress des Rentenversicherungsträgers wegen Beitragszahlung	702

§ 26 Die Ansprüche mittelbar Geschädigter/Dritter

I. Rechtsgrundlagen und Übersicht Schadenpositionen	704
1. Die in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen	704
2. Übersicht/Checkliste Ansprüche der mittelbar Geschädigten	705
II. Anspruch der Erben wegen Beerdigungskosten	706
1. Der Anspruch auf Ersatz der Beerdigungskosten	706
2. Die zu ersetzenden Kosten	706
III. Anspruch wegen entgangener Unterhaltsleistungen	707
1. Der Unterhaltsschaden gemäß § 844 Abs. 2 BGB	707
2. Die Anspruchsberechtigten – Fallgestaltungen	708
3. Die Berechnung des Schadenersatzes wegen entgangenen Unterhaltes	709
4. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	714
5. Steuerfragen	715
6. Fragen des Forderungsübergangs	715

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Anspruch wegen entgangener Dienste	716
1. Dienstleistungspflicht kraft Gesetzes	716
2. Die Höhe des Schadens für entgangene Dienste	716
3. Feststellung der Ansprüche	717
§ 27 Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	
I. Schadensminderungspflicht	718
1. Grundlagen	719
2. Schadensminderungspflicht und Sachschaden	720
3. Schadensminderungspflicht bei Personenschaden	722
4. Ersatz für Aufwendungen	724
II. Vorteilsausgleich	725
1. Grundlagen	725
2. Beim Sachschaden	725
3. Vorteilsausgleich bei Ansprüchen aus Körperverletzung	725
4. Anzurechnende Leistungen	726
§ 28 Der Arbeits- und Wegeunfall	
I. Die Rechtslage	729
1. Grundgedanke der Unfallversicherung	729
2. Die geänderte Rechtslage	729
II. Der Arbeitsunfall	730
1. Begriff „Arbeitsunfall“	730
2. Verfahrensfragen bei Arbeitsunfall	731
III. Ausschluss der Haftung bei Arbeits- und Wegeunfall	732
1. Ausschluss der Haftung	732
2. Die ausgeschlossenen Ansprüche	732
IV. Haftungsbeschränkungen beim Arbeits- und Wegeunfall	733
1. Die Haftungsbeschränkung nach SGB VII	733
2. Die Haftungsbeschränkungen im Einzelnen	734
3. Beschränkung der Haftung und gemeinsame Betriebsstätte	736
V. Die Rechtslage bei Teilnahme am allgemeinen Straßenverkehr	738
1. Allgemeines	738
2. Die Haftung bei Wegeunfällen im Einzelnen	738
3. Die Rechtslage beim Sachschaden bei einem Verkehrsunfall	739
VI. Unfallversicherung und Hilfeleistung bei Unglücksfällen	740
1. Normzweck	740
2. Voraussetzungen	740
3. Anspruchsübergang	741
VII. Die Leistungsansprüche bei einem versicherten Unfall	741
VIII. Abwicklung mit sozialrechtlichen Leistungsträgern	741
1. Verfahren	741
2. Bindungswirkung	741
§ 29 Der Regress des Sozialversicherungsträgers und sonstiger Leistungsträger	
I. Die Rechtslage	744
1. Allgemeines	744
2. Die geänderte Rechtslage	744
3. Die Sozialleistungsträger	744
II. Forderungsübergang	745
1. Die Voraussetzungen des Forderungsübergangs	745
2. Ausnahmen vom Forderungsübergang	749

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Das Angehörigenprivileg	751
4. Berechnung des Kapitalwertes	752
III. Regress der Pflegekasse	752
1. Gesetzliche Grundlage	752
2. Die Versicherungspflicht	752
3. Übersicht: Leistungen der Pflegekasse	753
4. Feststellung der Pflegestufen	754
5. Regress der Pflegekasse	754
IV. Regress der Bundesagentur für Arbeit	754
1. Die in Betracht kommenden Leistungen	755
2. Der Forderungsübergang	755
3. Übergang von Unterhaltsansprüchen beim Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II	755
V. Regress des Dienstherrn	756
1. Rechtsgrundlagen	756
2. Die übergangsfähigen Ansprüche	756
3. Quotenvorrecht des Beamten	756
VI. Der Beitragsregress gemäß § 119 SGB X	756
1. Gesetzliche Grundlage	756
2. Einzelfragen	757
VII. Der Forderungsübergang bei Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber gemäß § 6 EFZG	757
1. Gesetzliche Grundlage	757
2. Der Forderungsübergang	757
3. Kosten der Rechtsverfolgung	758
§ 30 Der Unfall mit Auslandsberührung (einschließlich Unfall mit Stationierungs- streitkräften)	
I. Versicherungsschutz bei Unfall mit Ausländern im Inland	760
1. Die Versicherungsdeckung	760
2. Das Recht des Unfallortes	763
II. Geltendmachung und Abwicklung von Ersatzansprüchen bei Unfall im Inland mit Auslandsbezug	763
1. Die außergerichtliche Geltendmachung	763
2. Das gerichtliche Verfahren	764
III. Unfall im Ausland	764
1. Beide Beteiligte Inländer/Deutsche	764
2. Die wichtigsten Punkte zur Unfallschadenregulierung gemäß 4. KH- Richtlinie	765
3. Die Abwicklung im Einzelnen	765
4. Fragen des Gerichtsstandes	767
5. Die Rechtsverfolgungskosten	768
IV. Übersicht über Entschädigungsleistungen bei Kraftfahrzeugunfällen	770
V. Ausländische Kfz-Mindestversicherungssummen	770
1. Geltung der Mindestversicherung	770
2. Möglichkeit der Absicherung	770
3. Versicherungsschutz für Personenschäden	771
§ 31 Fristen, Verzug, Verjährung	
I. Regulierungsfristen und Verzug	772
1. Regulierungsfristen	772
2. Verzug	774
3. Frist für Klageerhebung	774

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Die Verjährung	774
1. Verjährung von Schadenersatzansprüchen	774
2. Beginn und Hemmung der Verjährung	775
3. Verjährung und Unfallspätschäden	778
4. Tabellarische Übersicht über Verjährungsfristen im Haftungsrecht	778
§ 32 Steuerliche Aspekte der Unfallschadenregulierung	
I. Allgemeines	781
1. Schadenersatz und Steuern	781
2. Klärung der evtl. Steuerlast	782
II. Sachschaden und Steuern	782
1. Sachschaden	782
2. Besonderheiten bei Auslandsberührung	782
III. Personenschaden und Steuern	783
1. Entschädigung infolge Personenschadens	783
2. Nicht zu versteuernde Entschädigungsleistungen	783
3. Steuerliche Begünstigungen bei Kapitalentschädigungen	784
4. Steuervorteile	784
5. Steuerersparnisse und Lohn	784
6. Steuerpflicht für Schmerzensgeld, Unterhalt und Haushaltsführungsscha- den	785
7. Gemeinsame Steuerveranlagung	785
8. Vorbehalt des Ersatzes für Steuern	785
IV. Steuerliche Absetzbarkeit von Unfallkosten	786
1. Steuerliche Grundsätze	786
2. Voraussetzungen der steuerlichen Absetzbarkeit	786
3. Die abzugsfähigen Posten	786
§ 33 Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich	
I. Anwaltliche Verhandlung	788
1. Die außergerichtliche Erledigung	788
2. Sachgerechtes Vorgehen	788
II. Der Abfindungsvergleich	789
1. Rechtliche Aspekte	789
2. Vollmacht und Vertretung	790
3. Außergerichtlicher/gerichtlicher Vergleich	791
4. Grenzen der Regelung	792
5. Form	793
6. Notwendige ausführliche Formulierung	793
7. Checkliste: Voraussetzungen und Inhalt eines Abfindungsvergleiches	794
III. Kapitalisierung	795
1. Rente und/oder Kapital	795
2. Das Recht auf Kapitalisierung	795
3. Vorteile und Risiken der Kapitalisierung	795
4. Die Berechnung der Kapitalabfindung	796
5. Steuerliche Aspekte	797
IV. Vorbehalte	797
1. Allgemeines	797
2. Vorbehalt zu einzelnen Positionen	798
3. Vorbehalt des Verzichtes auf Einrede der Verjährung	799
4. Anwaltpflichten beim Abfindungsvergleich	799
5. (Un-)Wirksamkeit eines Abfindungsvergleiches	801

Inhaltsverzeichnis

	Seite
V. Anpassung oder Änderung einer Abfindungsvereinbarung	801
1. Unvorhergesehene Spätschäden	801
2. Rentenanpassung	801
3. Speziell: Zuerkennung eines weiteren Schmerzensgeldes	802
VI. Abfindungsvergleich und Anwaltshonorar	802
1. Der Erstattungsanspruch	802
2. Die Höhe der Anwaltsvergütung gemäß RVG	802
3. Vereinbarung über Gebührenaussgleich	802
§ 34 Der Kraftschadenprozess	
I. Grundlagen	805
II. Der Aktivprozess	806
1. Prüfung der Aktivlegitimation	806
2. Aktivlegitimation bei Forderungsübergang auf Sozialleistungsträger	807
3. Aktivlegitimation bei Leasingfahrzeugen	807
III. Passivlegitimation	808
1. Prüfung der Passivlegitimation	808
2. Der Direktanspruch gegen die Versicherung	808
3. Unfall mit Auslandsbeteiligung	809
IV. Prozessuale Fragen	809
1. Die Zuständigkeit	809
2. Widerklage	811
3. Streitwert	811
4. Bindungswirkung	811
5. Eigener Anwalt bei „fingiertem“ Unfall	812
6. Prozessuale Besonderheiten bei Vorliegen eines Unfalls nach SGB VII	812
V. Klageanträge – Leistungs- und Feststellungsklage	813
1. Leistungsklage	813
2. Feststellungsklage	815
VI. Beweisfragen	816
1. Die Beweislastverteilung	816
2. Beweisführung	817
3. Anscheinsbeweis	818
4. Sachverständigenbeweis	818
5. Die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen	819
VII. Streitwert und Kosten	820
1. Streitwert	820
2. Kosten und Gebühren	820
VIII. Rechtsmittel	821
1. Checkliste Rechtsmittel im Kraftschaden(-Prozess)	821
2. Tatbestandsprüfung und Tatbestandberichtigung	822
3. Die Berufung im Einzelnen	822
4. Die Revision	825
5. Beschwerde	826
IX. Muster Klageschrift Schadenersatzforderung und Feststellungsklage	827
1. Muster: Klageschrift Schadenersatzforderung	827
2. Muster: Feststellungsklage, unbezifferter Klageantrag	829
§ 35 Die Beteiligung von Rechtsschutz und Prozessfinanzierung	
I. Das System der Rechtsschutzversicherung im Straßenverkehrszivilrecht	832
1. Der Schadenersatzrechtsschutz in den Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)	832
2. Ausschluss für die Abwehr von Schadenersatzansprüchen	832



Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Versicherter Personenkreis	833
4. Der Versicherungsschutz bei Tötung oder Verletzung	833
5. Notwendige Angaben im Schadenersatzrechtsschutzfall	833
6. Einholung Deckungszusage	834
II. Umfang des Versicherungsschutzes für die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen	836
1. Die außergerichtliche Geltendmachung	836
2. Gerichtliches Beweisverfahren	837
3. Gebühren für die Bestellung eines Pflegers	837
4. Im Prozessverfahren	837
III. Einzelne Leistungsansprüche gegen die Rechtsschutzversicherung	838
1. Rechtsschutz und Hebegebühr	838
2. Versicherungsschutz für Nebenverfahren	838
3. Abrategebühr	838
IV. Die Erstattung der Gebührendifferenz bei Teilregulierung	839
V. Vorgehen bei Differenzen über Versicherungsschutz, Stichentscheid oder Schiedsverfahren	839
1. Nach ARB (75)	839
2. Nach ARB (94)	840
3. Nach ARB (2000)	840
VI. Rechtsschutz-Schaden-Service-Gesellschaft	840
VII. Die Auswirkungen der 4. KH-Richtlinie auf den Rechtsschutzfall im Ausland ..	840
1. Inhalt und Ziel der 4. KH-Richtlinie für Auslandsschäden	840
2. Die Regelungen zum Auslandsschaden	841
3. Auswirkungen der 4. KH-Richtlinie auf die Abwicklung des Auslandsschadenfalles, speziell im Straßenverkehrsrecht, sowie 5. KH-Richtlinie und Rom II	842
VIII. Die mögliche Beteiligung der Prozessfinanzierung	845
1. Was ist Prozessfinanzierung?	845
2. Prozessfinanzierung in der anwaltlichen Praxis	846
3. Prozessfinanzierungsauftrag	847
4. Kosten und Gebühren in einer Prozessfinanzierungsangelegenheit	847
5. Der Nutzen der Prozessfinanzierung	848
§ 36 Die Anwaltsvergütung bei der Unfallschadenabwicklung	
I. Der Vergütungsanspruch	850
1. Das Mandat als Grundlage	850
2. Umfang des Mandates	851
3. Vertretung mehrerer Unfallgeschädigter	851
II. Die außergerichtlichen Gebühren	853
1. Beratungsgebühr und Erstgespräch der Nrn. 2100 und 2102 VV-RVG	853
2. Die Geschäftsgebühr der Nr. 2400 VV-RVG	854
3. Die Höhe der Geschäftsgebühr der Nr. 2400 VV-RVG	854
4. Einigungsgebühr der Nr. 1000 VV-RVG	857
5. Hebegebühr der Nr. 1009 VV-RVG	857
6. Auslagen des 7. Teils des VV-RVG	858
7. Abwicklung der Gebühren durch die Versicherer in Kfz-Haftpflichtschäden	858
III. Gegenstandswert und Vergütungsvereinbarung	859
1. Der Gegenstandswert	859
2. Vergütungsvereinbarung	860
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Gebühren	861
1. Grundsätzliches	861
2. Einzelfragen	862

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Gebührenberechnung bei Teilregulierung	863
4. Anwaltsgebühren bei Regelung unter Inanspruchnahme der Kaskoversicherung	863
5. Vergütung für die Einholung einer vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung	864
6. Rechtsanwaltskosten bei Schaden mit Leasingfahrzeugen	864
7. Anwaltsgebühren in eigener Sache	864
V. Gebühren im gerichtlichen Verfahren	864
1. Die Verfahrensgebühr der Nr. 3100 VV-RVG	865
2. Die Termingsgebühr der Nr. 3104 VV-RVG	865
3. Die Einigungsgebühr der Nr. 1003 VV-RVG	866
VI. Erstattung der Gebührendifferenz bei Teilregulierung	866
VII. Erstattung der Gebühren für die Einholung der Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung?	867
VIII. Musterschriftsätze zur Kosten- und Gebührenkorrespondenz und Abrechnungsmuster	867
1. Geschäftsgebühr, Nr. 2400 VV-RVG	867
2. Geschäfts- und Einigungsgebühr, Nr. 2400 und Nr. 1000 VV-RVG	868
3. Gebührenanspruch auf Gebührendifferenz gegen Mandant bzw. Rechtsschutzversicherung bei Teilregulierung	868
4. Abrechnungsmuster für anwaltliche Tätigkeit nach Erteilung des Prozessauftrages und Vermeidung des Verfahrens durch Besprechung mit der Gegenseite vor Klageerhebung.	869
5. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	870
6. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	870
7. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegenden Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	871
8. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegenden Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	871
9. Einbeziehen nicht rechtshängiger Ansprüche in Vergleichsverhandlungen in einem laufenden Rechtsstreit	872
§ 37 Der Anwalt in eigener Sache, Haftungsrisiko und Rechtsberatungsgesetz	
I. Problemstellung	873
1. Haftungsrisiken	873
2. Rechtslage nach dem Rechtsberatungsgesetz	874
3. Vergütungsanspruch und Pflichtverletzung	874
II. Vermeidung von Haftungsrisiken	875
1. Übersicht über die wichtigsten Haftungstatbestände	875
2. Ausreichende Versicherungssumme	876
3. Verjährung und Hemmung	876
4. Verhalten im Haftpflichtfall	876
III. Rechtsberatungsgesetz – Rechtslage	876
1. Unfallschadenregulierung und unerlaubte Rechtsbesorgung	876
2. Abgrenzungsfragen zur (un-)zulässigen Rechtsberatung	877
IV. Vorgehen bei unzulässiger Werbung für Unfallschadenabwicklung und bei unzulässiger Schadenabwicklung	878
V. Ausblick: die Neuregelung des Rechtsberatungsrechtes	879



Inhaltsverzeichnis

Anhang Teil C

	Seite
1. Mandanteninformation in Unfallsachen	880
2. Kapitalisierungstabellen	884
3. Merkblatt zum Unfall mit Auslandsberührung	905
4. Übersicht zur Entschädigungsleistung bei Auslandsunfällen	909
5. Übersicht für Rechtsanwälte und Anspruchsteller zur Beteiligung von Prozessfinanzierung	913

Teil D. Die Kraftfahrtversicherung

§ 38 Mandatsannahme und -organisation

I. Problemstellung	915
II. Klärungen zu Versicherungsfragen, speziell beim verkehrsrechtlichen Mandat	918
1. Klärung des Mandatsumfanges	918
2. Sachverhaltsaufklärung	918
3. Notwendige Hinweise auf Ansprüche gegen die eigene Versicherung	919
4. Mitwirkung bei Anzeigen gegenüber der Versicherung	919
5. Vorsorgliche Information, speziell an eigene Haftpflichtversicherung	920
III. Klärungen zum Versicherungsvertrag	920
1. Das Zustandekommen des Versicherungsvertrages	920
2. Beratung zum versicherten Risiko und zu Risikoausschlüssen	920
3. Rechtliche Auswirkungen des Todes des VN für die Kfz-Haftpflichtversicherung	921
4. Ausblick – Reform des Versicherungsvertragsrechtes	921
IV. Beratung und Interessenvertretung im Regressfall	921
1. Hinweis auf Regressgefahr	921
2. Regressmandat für Versicherungsunternehmen	921
V. Kosten- und Gebührenfragen sowie Beteiligung von Rechtsschutz	922
1. Kosten- und Gebührenfragen	922
2. Die Beteiligung von Rechtsschutz	922
3. Die Klärung der Beteiligung von Rechtsschutz und Haftungsgefahr	922
VI. Mandatsorganisation	923

§ 39 Rechtsgrundlagen der Kraftfahrtversicherung

I. Allgemeines und Rechtsentwicklung	925
1. Der Begriff der Kraftfahrtversicherung	925
2. Die Rechtsentwicklung	925
3. Reformbedarf	926
II. KH-Versicherung und internationale sowie europarechtliche Regelungen	927
1. Verordnung über Internationalen Kraftfahrzeugverkehr (IntVO)	928
2. Europarechtliche Regelungen zur Harmonisierung der Rahmenbedingungen in der Kfz-Haftpflichtversicherung	928
3. Der Schadenregulierungsvertreter	929
4. Europarechtliche Rechtsentwicklung	936
5. Sonstige Zielsetzungen in der KH-Versicherung sowie des Pflichtversicherungsgesetzes	937
III. Die Rechtsgrundlagen des deutschen Versicherungsrechtes	938
1. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	938
2. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)	939
3. Pflichtversicherungsgesetz (PflVG)	939
4. Ausländer-Pflichtversicherungsgesetz (AusPflVG)	940
5. Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung (KfzPflVV)	944
6. Gruppenfreistellungsverordnung (GVO)	946

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. AKB und TB	947
8. Geschäftsplanmäßige Erklärungen	947
9. BGB und HGB	947
10. Internationales Versicherungsrecht und grenzüberschreitende Versicherungsverträge	948
IV. Die Rückversicherung	948
1. Begriff	948
2. Form des Wagnisses zwischen Erst- und Rückversicherer	948
3. Das versicherte Risiko	949
4. Grundsätze der Schadenabwicklung	949
5. Regelung von Streitigkeiten	949
6. Ausblick: Europäische Rückversicherungsrichtlinie	949
§ 40 Der Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung	
I. Zustandekommen des Versicherungsvertrages	951
1. Annahme des Antrages	952
2. Verbraucherinformation gemäß § 10 a VAG sowie Widerrufsrecht nach § 5 a VVG	952
3. Die Einbeziehung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB)	954
4. Versicherungsbedingungen und AGBG	954
5. Schadenfreiheitsrabatt und Rückstufung	955
6. Rechtsfolgen bei verzögerter Bearbeitung	955
7. Anfechtung, Rücktritt, Kündigung	956
8. Versicherungsvertrag und Beratungspflichten	957
9. Grenzüberschreitende Versicherungsverträge	958
10. Kaskoversicherung bei Leasingfahrzeugen	960
II. Dauer und Inhalt des Versicherungsvertrages, vorläufige Deckung	960
1. Beginn und Dauer des Versicherungsvertrages	960
2. Allgemeines zur vorläufigen Deckung	961
3. Divergenz zwischen Antrag und Versicherungsschein	963
III. Beteiligte und Versicherte	963
IV. Die Pflicht zur Prämienzahlung	963
V. Versichertes Risiko und Geltungsbereich	964
1. Persönlicher und sachlicher Deckungsumfang	964
2. Örtlicher Geltungsbereich	964
VI. Risikoausschlüsse und -begrenzungen sowie Leistungsfreiheit des Versicherers	965
1. Primäre Risikobegrenzung	965
2. Sekundäre Risikobegrenzung	965
3. Obliegenheiten	966
4. Gefahrerhöhung	966
5. Vorsätzliche und grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalles	967
6. Belehrungspflichten der Versicherung	968
VII. Der Repräsentant	969
1. Allgemeines	969
2. Der Repräsentant in der Kraftfahrtversicherung	970
VIII. Beweisfragen	970
1. Allgemeines	970
2. Beweislastfragen in der Kraftfahrtversicherung	971
IX. Verjährung von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag	971
1. Die Verjährungsvorschriften	971
2. Die Berechnung der Verjährungsfrist	972
3. Hemmung der Verjährung gemäß § 12 Abs. 2 VVG	972

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Übersicht über Fristen zum Versicherungsrecht	973
5. Die Regelung des § 12 Abs. 3 VVG	974
§ 41 Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung	
I. Das Mandat in der Kraftfahrthaftpflichtversicherung	976
1. Das Haftungsverhältnis	976
2. Das Deckungsverhältnis	976
II. Rechtsgrundlagen	977
1. Die Rechtsquellen	977
2. Beginn, Inhalt und Dauer des Vertrages sowie vorläufige Deckung	977
3. Vorläufige Deckung	983
III. Versichertes Risiko	985
1. Gegenstand der KH-Versicherung	985
2. Der Anspruch auf Versicherungsschutz	987
3. Räumlicher Geltungsbereich	987
4. Haftpflichtversicherung bei Prüfungsfahrten, Probefahrten, Überführungsfahrten	987
5. KH-Versicherung und Beifahrer/Insasse	987
6. Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung bei vorübergehender Stilllegung	988
7. Fahrzeugwechsel	988
IV. Einschränkungen und Ausschluss des Versicherungsschutzes durch Obliegenheitsverletzung	988
1. Begriff der Obliegenheiten	988
2. Die Rettungsobliegenheit gemäß § 62 VVG	989
3. Obliegenheitsverletzung vor Eintritt des Versicherungsfalles	992
4. Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles	993
5. Gefahrerhöhung und Herbeiführung des Versicherungsfalles	995
6. Obliegenheitsverletzung und Tarifierungsmerkmale	996
7. Belehrungspflicht	996
V. Die Relevanzrechtsprechung	996
VI. Der Repräsentant in der KH-Versicherung	997
1. Allgemeines	997
2. Beispiele für Repräsentanteneigenschaft	997
VII. Regress des Versicherers in der KH-Versicherung nach § 3 Nr. 9 PflVG	998
1. Die Regressvoraussetzungen	998
2. Die Begrenzung des Regresses	999
VIII. Deckungsklage in der Kraftfahrthaftpflichtversicherung	999
1. Die Leistungspflicht des Versicherers gegenüber dem Geschädigten	999
2. Deckungsprozess und Haftpflichtfragen	999
IX. Abwicklung des Versicherungsfalles	1000
1. Regulierungsbefugnis und Prozessführungsrecht des Versicherers	1000
2. Ausnahme: Selbstregulierung bei Bagatellschäden	1000
X. KH-Versicherung und internationales Recht	1001
§ 42 Die Fahrzeugversicherung – Teilkaskoversicherung (§§ 12, 13 AKB)	
I. Rechtsgrundlagen und rechtliche Einordnung des Versicherungsvertrages	1003
1. Beginn, Inhalt und Dauer des Versicherungsvertrages	1003
2. Die Vereinbarung der (Teil-)Kaskoversicherung	1003
II. Versichertes Risiko	1004
1. Der Versicherungsschutz	1004
2. Der Versicherungsschutz im Einzelnen	1005
3. Der Versicherungsschutz gegen Entwendung	1009

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Die Entschädigung bei Entwendung des Fahrzeuges	1014
5. „Wieder zur Stelle gebrachte“ Sachen	1016
III. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes, speziell bei Obliegenheitsverletzungen, sowie vorsätzliche und grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalles	1017
1. Die Obliegenheiten	1017
2. Einzelfragen der Obliegenheitsverletzung	1017
3. Folgen der Obliegenheitsverletzung	1019
4. Grobe Fahrlässigkeit	1020
§ 43 Die Kraftfahrtversicherung – Vollkaskoversicherung (§§ 13–15 AKB)	
I. Rechtsgrundlagen	1023
1. Beginn, Inhalt und Dauer des Versicherungsvertrages	1023
2. Vorläufige Deckung auch für Vollkaskoversicherungsschutz	1024
3. Vereinbarung Haftungsbefreiung mit Kfz-Vermieter	1025
II. Versichertes Risiko	1025
1. Anspruch auf Ersatz von Unfallschäden	1025
2. Kein Ersatz für „Betriebsschäden“	1027
3. Mitversicherte Fahrzeug- und Zubehörteile	1027
4. Schäden durch mut- und böswillige Handlungen	1030
III. Ausschluss und Einschränkung des Versicherungsschutzes	1030
1. Allgemeines	1030
2. Einzelfälle der groben Fahrlässigkeit	1031
3. Versicherungsrechtliche Folgen bei Verletzung der Aufklärungspflicht	1036
IV. Obliegenheiten und Beweislast	1038
1. Obliegenheiten	1038
2. Beweislast	1038
V. Abwicklung der Ansprüche	1039
1. Allgemeines	1039
2. Die Geltendmachung der Entschädigung und speziell Abrechnung nach Differenztheorie	1041
VI. Ansprüche aus der Autoschutzbriefversicherung und sonstigen Versicherungen	1050
1. Autoschutzbrief	1050
2. Exkurs: Ansprüche aus sonstigen Versicherungen	1051
§ 44 Die Kraftfahrtunfallversicherung (§§ 16–23 AKB)	
I. Die Bedeutung der Kraftfahrt-Unfallversicherung	1052
II. Rechtsgrundlagen	1052
1. Allgemeines	1052
2. Beginn, Inhalt und Dauer des Versicherungsvertrages	1053
3. Vorläufige Deckung	1053
4. Die Rechtsbeziehungen zwischen Versicherer, VN und Versichertem	1054
III. Versichertes Risiko	1054
1. Gegenstand der Versicherung	1054
2. Unfallbegriff	1056
IV. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes	1056
1. Ausschlüsse gemäß § 19 AKB	1056
2. Die speziellen Risikobeschränkungen	1056
3. Sonstige Leistungseinschränkungen	1057
V. Die Versicherungsleistung	1057
1. Voraussetzungen und Umfang	1057
2. Die einzelnen Leistungsansprüche	1058
3. Fälligkeit	1058

Inhaltsverzeichnis

§ 45 Leistungsfreiheit und Regress in der Kraftfahrtversicherung	Seite
I. Der Regress in der (Kraftfahrt-)Versicherung	1062
1. Allgemeines zu den Regressvoraussetzungen	1062
2. Die Rechtslage bei Leistungsfreiheit der Versicherung	1063
3. Der mögliche Regress des Versicherers	1063
4. Regress und Versicherungsdeckung	1063
II. Übersicht zu den Regresstatbeständen und Regelungen zum Regress sowie Leistungsablehnung	1064
1. Übersicht zu den Regresstatbeständen	1064
2. Die Regelungen zum Regress	1064
3. Der Regelungszusammenhang zwischen §§ 5 ff. KfzPflVV und § 2 b AKB	1065
4. Die Regelung des § 6 VVG als Grundnorm zur Obliegenheitsverletzung	1066
5. Klage gegen Leistungsablehnung gemäß § 12 Abs. 3 VVG	1067
III. Leistungsfreiheit bei Nichtzahlung der Erst- und Folgeprämie	1067
1. Verspätete Zahlung der Erstprämie	1067
2. Folgeprämie	1069
IV. Die Regresstatbestände bei Obliegenheitsverletzung vor Versicherungsfall	1070
1. Die Tatbestände der Obliegenheitsverletzung im Einzelnen	1070
2. Spezielle Obliegenheiten bei Fahren des Fahrzeuges durch einen anderen	1074
3. Weitere Voraussetzungen: Verschulden, Kausalität, Kündigungspflicht sowie Beachtung von Form und Frist	1075
V. Einschränkung des Versicherungsschutzes bei Gefahrerhöhung gemäß § 2 b Abs. 2 AKB	1076
1. Allgemeines	1076
2. Begriff und Beispiele	1077
3. Subjektive Voraussetzungen	1077
4. Der Zeitpunkt des Eintritts einer Gefahrerhöhung	1078
5. Kausalität	1078
6. Keine Kündigungspflicht	1078
7. Der mitversicherte Fahrer	1078
VI. Die Obliegenheitsverletzung bei und nach Eintritt des Versicherungsfalles	1078
1. Allgemeines	1078
2. Die einzelnen Obliegenheiten	1079
3. Weitere Voraussetzung der eingeschränkten Leistungsfreiheit: Verschulden, Kausalität und kein Kündigungserfordernis	1082
VII. Der Ausschluss des Regresses gemäß § 67 Abs. 2 VVG (Familienprivileg)	1083
1. Ausschluss des Forderungsübergangs gemäß § 67 Abs. 2 VVG (Familienprivileg)	1083
2. Der Anwendungsbereich des Familienprivilegs	1083
3. Der maßgebende Zeitpunkt	1083
4. Die Rechtsfolge	1084
5. Kein Ausschluss bei Vorsatz	1084
VIII. Der Umfang des Regresses	1084
1. Regress bei Nichtzahlung der Prämie	1084
2. Regress bei Obliegenheitsverletzung vor dem Versicherungsfall und bei Gefahrerhöhung	1084
3. Regress bei Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles	1085
4. Regressumfang bei mehreren Regresstatbeständen	1086
IX. Regress in der Kaskoversicherung	1088
1. Der Regress gegen Dritte	1088
2. Der Regress des Kaskoversicherers, speziell bei Leistung nach Differenztheorie	1088
3. Regressansprüche gegen Fahrer und Familienangehörige	1090
X. Regress bei ungerechtfertigter Bereicherung	1091

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeines	1091
2. Die verschiedenen Fallgestaltungen	1091
3. Beweislast	1092
4. Der Anspruchsgegner des Bereicherungsanspruchs	1092
5. Entreichereinwand des VN	1093
XI. Rückforderungsansprüche aus unerlaubter Handlung	1093
1. Rückgriff wegen unerlaubter Handlung	1093
2. Anspruch auch gegen Dritte	1093
3. Speziell: Kostenerstattungsanspruch des Versicherers	1093
XII. Regress des Entschädigungsfonds/Verkehrsofferhilfe (VOH)	1093
XIII. Rückgriffsmöglichkeit des Vereins Verkehrsofferhilfe e. V.	1094
XIV. Verjährung von Regressansprüchen	1094
1. Die unterschiedlichen Verjährungstatbestände	1094
2. Verjährung nach Pflichtversicherungsgesetz	1094
XV. Der Regress des Sozialversicherungsträgers	1094

§ 46 Verfahrensrecht in der Kraftfahrtversicherung

I. Allgemeines	1097
1. Die Besonderheiten des Versicherungsprozesses	1097
II. Der Versicherungsprozess in der Kraftfahrtversicherung	1100
1. Prozessuale Besonderheiten des Haftpflicht- und Versicherungsprozesses	1100
2. Einwendung des Versicherers im Deckungsprozess	1100
3. Prozessführungsbefugnis des Versicherers im Kraftfahrt-Haftpflichtprozess	1101
4. Besonderheit nach Rechtskrafterstreckung	1101
III. Das Prozessverfahren im Versicherungsprozess	1102
1. Klageart und Anträge	1102
2. Gerichtsstand, speziell für die Deckungsklage	1102
3. Prozessführungsrecht der klagenden Partei	1103
4. Passivlegitimation	1104
5. Streitwert	1104
IV. Beweisfragen und Beweislastverteilung im Versicherungsprozess, speziell Regressprozess	1105
1. Allgemeines und die einzelnen Fallgestaltungen	1105
2. Klage des Versicherungsnehmers	1105
3. Beweisfragen im Rückforderungs-, Regressprozess des Versicherers	1106
V. Klage gegen Leistungsablehnung gemäß § 12 Abs. 3 VVG	1107
1. Inhalt und Zweck der Vorschrift des § 12 Abs. 3 VVG	1107
2. Die Spezialvorschrift des § 8 Abs. 1 Satz 1 AKB	1108
3. Anwendungsbereich	1109
4. Klagefrist	1109
5. Klageerhebung und/oder Antrag auf Prozesskostenhilfe	1111
VI. Der gesamtschuldnerische Regress in der Kraftfahrtversicherung	1111
1. Grundsätzliches	1111
2. Die Anspruchsgrundlage	1112
3. Besonderheiten beim sog. „kranken“ Versicherungsverhältnis	1112
4. Beschränkung des Regresses, Familienprivileg, Regress gegen Mitversicherte	1113
VII. Sachverständigenverfahren	1113
1. Sachverständigenverfahren, Rechtsgrundlage	1113
2. Das Sachverständigenverfahren	1114
3. Verbindlichkeit/Unverbindlichkeit des Gutachtens	1115

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Außergerichtliche Streitschlichtung und Ombudsmann	1115
1. Die mögliche außergerichtliche Streitschlichtung	1115
2. Beschwerde beim Ombudsmann	1115
§ 47 Die Beteiligung von Rechtsschutz in der Kraftfahrtversicherung	
I. Rechtsschutz zum Versicherungsvertragsrecht	1117
1. Der grundsätzlich mögliche Rechtsschutz	1117
2. Ausgeschlossene Rechtsschutzdeckung	1118
3. Die Meldung des Rechtsschutzfalles	1119
II. Der Versicherungsschutz zu einzelnen Arten der Kraftfahrtversicherung	1120
1. Versicherungsschutz für Interessenwahrnehmung aus Versicherungsverträgen	1120
2. Mitversicherte Personen	1120
3. Der Umfang der Rechtsschutzdeckung	1121
4. Rechtsschutz und Sachverständigenverfahren	1121
III. Der Versicherungsfall bei Streitigkeiten aus Versicherungsverträgen	1121
§ 48 Kosten, Gebühren, Beratungs- und Prozesskostenhilfe in der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines	1123
II. Kosten und Gebühren	1124
1. Außergerichtliche Angelegenheit	1124
2. Gerichtliches Verfahren	1124
3. Sachverständigenverfahren gemäß § 14 AKB	1124
4. Beratung und „erstes Gespräch“	1124
III. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	1125
1. Beratungshilfe	1125
2. Prozesskostenhilfe	1126
3. Kostenschutz durch Rechtsschutzversicherung und/oder Gewerkschaft	1127
IV. Gegenstandswert	1127
1. Rechtsgrundlagen des materiellen Streitwertrechtes	1127
2. Gegenstandswert/Streitwert in versicherungsrechtlichen Angelegenheiten ...	1128
§ 49 Exkurs: Fragen der Versicherungsaufsicht	
I. Gesetzliche Grundlagen	1129
1. Versicherungsaufsichtsgesetz	1129
2. Regelungen zum Aufsichtsrecht	1130
II. Versicherungsaufsicht und Verbraucherschutz	1131
1. Die Organisation der Versicherungsaufsicht	1131
2. Auflösung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV) ...	1132
3. Versicherungsaufsichtsbehörden der Länder	1132
4. Beschwerdemöglichkeit	1132
§ 50 Exkurs: Die Rückversicherung	
I. Rückversicherung und Kraftfahrtversicherung	1133
1. Begriff	1133
2. Bedeutung der Rückversicherung in der Kraftfahrtversicherung	1133
3. Sonstiges	1133
4. Harmonisierung der Rückversicherungsaufsicht in Europa	1133
II. Vertragliche Regelungen	1134

Inhaltsverzeichnis

Anhang Teil D.	Seite
1. Mandanteninformation zum Versicherungsrecht (allgemein)	1135
2. Mandanteninformation zur Kraftfahrtversicherung	1138
3. Schreiben an Kaskoversicherung nach Ablehnung der Kaskodeckung	1143
4. Klage auf Kaskoleistung aufgrund von Entwendung	1144
5. Nichtzahlung der Prämie (Erst- und Folgeprämie)	1146
6. Regress bei Obliegenheitsverletzung vor Versicherungsfall	1151
7. Regress wegen Gefahrerhöhung	1170
8. Obliegenheitsverletzung bei und/oder nach dem Versicherungsfall	1173
9. Klage – Rückforderung wegen Leistung in der Kaskoversicherung	1181
10. Übersicht: Fristen zum Versicherungsrecht	1183
11. Satzung des Vereins „Versicherungsombudsmann e. V.“	1187
Sachverzeichnis	1193

